

Schweser Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schweser Tageblatt und Anzeiger
Schweser Volkszeitung
Schweser Volksblatt



Ämtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Welthotener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langsieder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Die „Schweser Zeitung“ erscheint werktäglich in Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus, Tel. 62, Postfach: Dortmund 2852, Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Dörmer in Schweser, Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 255

Dienstag, 30. Oktober 1923

56. Jahrgang

Einzelnummer 1 Million Mk.

Zum Geleit.

„Neben ein Meines“ — o mahndendes Wort, Wunderbar tönt du im Ohre mir fort, Dämpfst die Freude und linderst den Schmerz, „Neben ein Meines“ — bedent es mein Herz.

Neuigkeiten.

Die Reichsregierung hat gegen die Vorgänge in Aachen usw. bei den Alliierten Protest erhoben.

Die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und Angestellten ist bis einschließlich 17. November verlängert worden.

Wie das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 498 vom 28. Oktober) berichtet, hat der preussische Finanzminister Leichardt seinem Berichterstatter u. a. erklärt, daß die Verordnung der preussischen Regierung, wonach Preise innerhalb 24 Stunden nicht geändert werden dürfen, nach wie vor in Kraft sei; bei der Berechnung dürfe nur der amtliche Dollarkurs zugrunde gelegt werden. Die Preisorgane seien neuerdings angewiesen, in dieser Richtung scharf Obacht zu geben und gegebenenfalls sofort einzuschreiten; wichtig sei aber auch die Mithilfe des Publikums, das im Falle einer Heberverletzung die Polizei benachrichtigen solle.

Der Belagerungszustand in Aachen ist um zwei Tage bis zum 29. Oktober verlängert worden. Die Zeitungen sind heute nicht erschienen.

Gestern vormittag sind im Oldenburger Landteil Vördenfeld das Regierungsgebäude sowie die übrigen öffentlichen Gebäude von Trüppern überfallen worden. Der Regierungsräsident und der Amtmann wurden ausgewiesen.

Gestern haben in Koblenz die Separatisten aus der Menge heraus Leute zusammengetrieben und verhaftet. Die Verhafteten wurden auf die Festung Ehrenbreitstein gebracht. Die meisten sind jedoch wieder entflohen.

Im bayrischen Landtag brachte der frühere Justizminister Dr. Müller-Meiningen (Dem.) einen Antrag ein, daß die allgemeinen Verfügungen und Verordnungen des Generalstaatskommissars unverzüglich dem Landtag mitzuteilen seien.

Nach einer Mitteilung der bayrischen Landespreissstelle ist in Bayern der Bierpreis auf wertbeständige Basis gestellt worden. Der neu festgesetzte Grundpreis wird allwöchentlich zweimal durch eine besonders festzusetzende Schlüsselzahl vervielfacht. Die festgelegten Biergrundpreise sind folgende: Vollbier dunkel 28 Pfg., hell 29 Pfg., Exportbier dunkel 36 Pfg., hell 39 Pfg., Märzener 13 Pfg. Damit haben die Bierbrauer, obwohl das Bier im Vergleich zu der Vorkriegszeit an Gehalt ärmer geworden ist, den Vorkriegspreis zum Teil erheblich überschritten.

In der vergangenen Nacht sind die Gebirgshäuser der staatlichen Domäne Ewig in Attendorn vollständig ein Raub der Flammen geworden. Damit ist eines der schönsten Denkmäler Westfalens vernichtet worden. Mander Sauerlandwälder hat seine Schritte zu dem schönen ehemaligen Augustinerkloster gelenkt. Ob Brandstiftung vorliegt, muß der Untersuchung vorbehalten bleiben.

Die französische Regierung hat gestern eine Abordnung nach dem Ruhrgebiet entsandt mit dem Auftrag, die schweren Folgen der Aufhebung des passiven Widerstandes zu studieren.

Der französische Vorkämpfer in Washington ist gestern abend in Paris eingetroffen.

Wie der „Matin“ aus sonst gutunterrichteten Kreisen zu wissen glaubt, sollen die Mammerversammlungen am ersten Sonntag im April 1924 stattfinden. Die Registrierperiode der augenblicklichen Kammer geht am 31. Mai 1924 zu Ende.

Heute vormittag trat am Canal d'Orsay die diplomatische Konferenz zur Regelung des Tagerats zusammen. Der Konferenz gehören französische, englische und spanische Delegierte an.

Poincaré soll dem Vorschlag der Einberufung einer internationalen Konferenz unter gewissen Bedingungen zugestimmt haben.

Märrermeldungen zufolge ist die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der rheinischen Separatistenbewegung der französischen diametral entgegengesetzt.

Das britische Auswärtige Amt veröffentlicht hat einen englisch-amerikanischen Schriftwechsel, der sich mit der Reparationsfrage befaßt. Amerika ist nunmehr grundsätzlich mit einer Beteiligung an der geplanten Reparationskonferenz einverstanden.

Das Londoner Bankhaus Schröder hat dem Deutschen Reich 4 Millionen Pfund Kredit für englische Kohle unter Garantie der deutschen Großindustrie gewährt.

Der Bruder der englischen Königin Mary, Carl Athlon, ist zum Generalgouverneur von Südafrika ernannt worden.

Die Umgehung von Birmingham (England) wurde am Donnerstag von einem außerordentlich heftigen Sturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete.

In Doorn ist dieser Tage eine bewährte Kreundin deutscher hungernder Kinder zu Grabe getragen worden. Die Baroness Matharina von Pleantort auf Schoonoord, Jahre hindurch hatte sie mit Unterbringung ihrer Familie sich den deutschen Kindern und ihrer Not gewidmet.

Nach einer Havasmeldung aus Washington ist der frühere Senator des Staates Minnesota, Dellos, zum amerikanischen Botschafter in London ernannt worden.

Die Rekonstruktion des polnischen Kabinetts zur Erneuerung der nationalpolitischen Tätigkeit ist nunmehr erfolgt. Mariani wird Minister ohne Portefeuille und zugleich Vizepräsident. Das Landwirtschaftsministerium übernimmt ein Mitglied der christlichen Volkspartei und der frühere Minister Ziemiński wird dem neuen Außenminister Danowski beigegeben.

In Madrid sowie in ganz Spanien sind zahlreiche Bürgermeister, Stadträte und städtische Beamte verhaftet worden, die im Verdacht ungeratener Verwaltung stehen. In Madrid hat ein höherer städtischer Beamter Selbstmord begangen.

Die frühere Kaiserin Rita und der frühere König Ferdinand von Bulgarien weilen in München.

Die Reichslage im Konflikt mit Sachsen.

Berlin, 29. Okt. Ueber die Reichslage im Falle Sachsen erläutern die Blätter von zutändiger Seite folgendes: Die Reichsverfassung gebe dem Reichspräsidenten in Artikel 48 das Recht, gegebenenfalls die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Innerhalb der reichsverfassungsmäßigen Grenze kann also der Reichspräsident alle für notwendig erachteten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen treffen. Er könne weiter vorübergehend Landesminister ihrer Dienstgeschäfte entheben und andere mit der Führung derselben durch Verordnung vom 22. März 1920 sei gegenüber Thüringen bereits so verfahren worden. Auf Grund des Artikels 48 könne der Reichskanzler endlich ein Land mit Hilfe der bewaffneten Macht dazu anhalten, sich den Reichsgeboten zu fügen.

Zusammentritt des Landtags.

Dresden, 29. Okt. Die sächsische Regierung soll in den nächsten Tagen in einer Sitzung des Landtags aufgeführt werden, eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob sie noch das Vertrauen des Landtags besitzt.

Protest der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. Okt. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt amlich mit: Die sächsischen Minister haben heute mitlag die Verordnung des neuernannten Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihres Amtes entbunden sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichstages fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.

Regierungsgebäude und Telegraphenamt in Dresden von Reichswacht besetzt.

Dresden, 29. Okt. Die Gebäude des Gesamtministeriums, sowie das Finanzministerium, das Landtagsgebäude und Telegraphenamt sind in den Nachmittagsstunden von Reichswacht besetzt worden.

In Dresden eingetroffen.

Berlin, 28. Okt. Die „Montagspost“ meldet aus Dresden, daß die sozialdemokratischen Reichsminister Robert, Schmidt und Radbruch und der sächsische Gesandte in Berlin, Gradnauer, in Dresden eingetroffen seien und in der Sitzung des Landesvorstandes der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen hätten. Die Spaltung innerhalb der Sozialdemokraten Sachsens selbst sei dabei zum ersten Male offen zum Ausdruck gekommen.

Verbot sämtlicher kommunistischer Zeitungen.

Dresden, 29. Okt. Der Militärbehörden hat das Erscheinen sämtlicher kommunistischer Zeitungen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien wurden polizeilich besetzt.

Das „kranke“ Deutschland.

Als nationaler großer Staat gehört Deutschland in seiner Eingetrenntheit zu den jüngsten Reichsbildungen in Europa. Andere Nationen hatten so viele Jahrhunderte, wie wir Jahrzehnte, erlebt, als sie von inneren Kämpfen gequält wurden und harte Kriege durchgemacht hatten.

Die „Unberührbarkeit“, die bei Deutschland zu erwarten waren, konnten von längerer Dauer als in anderen Ländern veranlaßt werden, weil der Charakter des deutschen Volkes, wie es 1870-71 in seiner Einheit sich fand, zu verschiedenartig zusammengesetzt war. Außerdem hatten verschiedene Teile im Interesse der Gesamtheit Opfer bringen müssen, und die Erinnerungen an solche Ereignisse gehen nicht spurlos vorüber.

Bismarck hat vom Kopf nördlich des Main und vom Herzen südlich des Main gesprochen und hinzugefügt, daß ohne die Vereinigung dieser beiden ein einziges und hartes Deutschland nicht möglich sei. Denn Eigentum, um nicht den Ausdruck Reichsbildung zu gebrauchen, findet sich in nicht wenigen deutschen Bezirken. Die Reichsbildung in der Politik ist wie die Prozedurhandlung im bürgerlichen Leben, die bei uns auch reichlich vorhanden ist. Aus dem „viele Köpfe viele Sinne“ erklärt sich auch die Gruppierung der Parteien.

Die sächsische Regierung abgelehnt

Zeigner tritt nicht zurück.

Die Entscheidung dem Landtage zugeschoben.

Von regierungsmittlicher Seite wird am Sonntagabend mitgeteilt: „Die sächsische Regierung lehnt das Annehmen des Reichskanzlers, zurückschreiten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor, und rechtlich ist das Verhalten unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausbleiben. Sie wird aber sobald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.“

II. Dresden, 29. Okt. Um 1 Uhr begab sich Hauptmann Elbrich in das Ministerialgebäude und überreichte dem Minister des Legalisationswesens des neuernannten Reichskommissars Dr. Heinze. Er entbot die Minister ihrer Ämter und forderte sie auf, das Ministerialgebäude zu verlassen.

III. Dresden, 29. Okt. Die ehemaligen Minister des Reichsausschusses Sachsen verließen auf die von Hauptmann Elbrich eingegangene Aufforderung das Ministerialgebäude. Lediglich der Finanzminister Vötger (Kommunist) weigerte sich, das Gebäude zu verlassen. Er wurde daraufhin von zwei Reichswachsoldaten unter Begleitung eines Offiziers aus dem Gebäude befördert. Anstelle des bisherigen Finanzministers Vötger wurde der Ministerialdirektor Zuh, bisher Chef der 2. Abteilung des Finanzministeriums, vom Reichskanzler mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums betraut.

Berlin, 29. Okt. Der Reichskanzler hat den Minister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 29. Okt. Der Reichspräsident hat nachfolgende Verordnungen erlassen: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Reichsausschusses Sachsen folgendes:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihres Amtes zu entheben und andere Personen mit der Befüllung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Verordnungen betreffen die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet notwendigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 905) bleibt im übrigen aufrechterhalten.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 29. Oktober 1923.

Reichspräsident Ebert.

Reichskanzler Stresemann.

Zusammentritt des Landtages verboten.

II. Dresden, 29. Oktober. Das Wehrkreiskommando 4 gibt bekannt: In Ausführung der vollziehenden Gewalt verordne ich:

Bis zur Einberufung des Landtages durch den vom Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentreten des Landtages nicht statt.

Dresden, den 29. Oktober 1923.

gez. Müller, Generalleutnant.

Dresden, 28. Okt. Die sozialdemokratischen Parteistellen und die Landtagsfraktionen sind heute mittag mit Mitgliedern der Regierung zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Aufforderung der Reichsregierung zum Rücktritt der sächsischen Regierung zu beraten.

Mit den Jahren haben sich Eigenwille und Eigennutz hinter dem Jahn hervorgehoben. Der Jahn hat das einzige Vaterland umgeben. Und je mehr die Einsicht und Erfahrung sich bemächtigten, die Leidenschaftlichkeit der täglichen Meinungsverschiedenheiten durch die Medizin der nüchternen Notwendigkeit zu heilen, um so mehr machten sich Widersprüche geltend, wenn nicht sofort große Erfolge erzielt wurden. Und wie können sich immer große Vorteile einstellen, wenn es sich doch zum guten Teil um Dinge handelt, die ohne Nebenwirkungen sind und als solche im Meer der Zeitbegebenheiten früher oder später verschwinden.

Die frühere Kleinheit, die bei uns so lange vorherrschte und die es dem Auslande so leicht machte, das deutsche Reich als Kampfstätte oder als Teil eines Kampfes zu benutzen, das in so und so viele Teile zerlegt werden sollte, macht sich noch da und dort in den Köpfen Einzelner geltend, und sie hat ja auch fremden Agitatoren Anlaß gegeben, auf die Zerlegung Deutschlands hinzuwirken. Gelingen ist es nicht, und darin haben wir den Beweis, daß, wenn wir uns aus im Alter der anstehenden politischen Kinderkrankheiten eines Staates befinden, die Mehrheit der Bevölkerung darüber hinaus ist.

Wenn der Verdacht irgendwo im Auslande besteht, daß Deutschland nicht bloß an Kinderkrankheiten leide, sondern jener oder gar unheilbar krank sei, so ist das verfehlt, und alle Deutschen sollen bemüht sein, solche Zumutungen abzuwehren.



Dr. von Kahr
der Generalstaatskommissar für Bayern

Das Reich gegen Kahr.

Zurückweisung der Kampfsanträge.

Der bayerische Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hat in München amtlich erklärt, daß er jede Verhandlung mit der bayerischen Reichsregierung ablehne. Darauf läßt die Reichsregierung folgendes erklären:

„In der Sitzung der Ministerpräsidenten und Gefandten der Länder, die auf Anregung des württembergischen Staatspräsidenten Dr. v. Diering stattfand, ist der einmütige Wunsch der deutschen Länder zum Ausdruck gekommen, den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern zu beseitigen. Der bayerische Gefandte, v. Preger, hat in Vertretung der bayerischen Staatsregierung bei diesen Verhandlungen wiederholt zu erkennen gegeben, daß der bayerischen Regierung daran gelegen sei, einen annehmbaren Weg zu finden, um diesen von ihr bedauerten Konflikt zu lösen. Der Reichsminister hat sich dieser Erklärung angeschlossen und den Dank der Reichsregierung dafür zum Ausdruck gebracht, daß die Länder sich bemühen, einen Weg für diese Lösung zu finden.“

Jetzt nun erklärt der bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr eine Erklärung, wonach er es ablehnt, mit der derzeitigen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Diese Erklärung ist an sich praktisch belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Herrn v. Kahr, der lediglich mit der Wahrnehmung der Funktionen

betraut ist, die sich aus der Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern ergeben. Um so unverständlicher ist es, wenn Herr v. Kahr sich dem Willen der Reichsregierung, dem einmütigen Wunsch der Länder und dem durch den bayerischen Gefandten ausgesprochenen Wunsch der bayerischen Staatsregierung, die Reichseinheit zu sichern, durch sein Verhalten faktisch widersetzt. Das tut der bayerische Generalstaatskommissar in einer Zeit, in der die bayerische Politik in Gefahr ist, in französische Abhängigkeit zu geraten, in der Rhein und Ruhr von dem französischen Vernichtungswillen bedroht sind wie kaum je zuvor, in der Dünner im Innern und Verwahrlosung von außen uns bedroht, und in der die Reichseinheit notwendig ist, als sie. Sein Verhalten ist eine Annahme, die in seiner Stellung keine Begründung findet und die die Reichsregierung zurückweist. Sein ganzes Tun und Lassen, das sich gegen jeden Versuch wendet, die Reichseinheit auf dem Wege des Vernehmens wiederherzustellen, muß dem Urteil des deutschen Volkes überlassen bleiben.

Bayerns Starrköpfigkeit.

Münchener Ministerrat am Montag.

München, 20. Okt. Die von der Reichsregierung an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, ist dem Ministerpräsidenten am Sonntag überreicht worden. Am Montag findet in München ein Ministerrat statt.

Die bayerische Volkspartei hinter v. Kahr und Knilling.

München, 20. Okt. Die bayerische Volkspartei hielt am Sonntag ihren diesjährigen Parteitag ab. Das größte Interesse erweckte eine Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Geheimrat Dr. Gehr, der sich mit auffallender Schärfe gegen einzelne Strömungen in den vaterländischen Verbänden wandte, denen es nicht um das Wohl des Vaterlandes, sondern nur die Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes einzelner Führer zu tun sei. Der Nationalsozialismus sei einer außerordentlichen Gefahr für den Staat. Die bayerische Volkspartei sei eine scharfe Gegnerin des Sozialismus, auch dann, wenn er das Weichen „national“ vorantreibe. Was den Fall Löffler anbelangt, so betonte Gehr, es sei unmöglich, daß die bayerische Regierung den General fallen lasse. Die Gefahr solcher Konflikte sei immer wieder gegeben, solange die Weimarer Verfassung nicht in föderalistischem Sinne umgestaltet sei. Reichsstaatsabgeordneter Dr. Heim, der wegen Krankheit nur kurz sprach, führte aus, die Partei habe geschlossen hinter Staatsregierung und Generalstaatskommissar. Wegen den Vorwürfen des Separatismus wandte sich Heim mit den Worten: Mein Gewissen ist frei. Er habe nie einen Schritt unternommen, der nicht darauf gerichtet sei, Deutschland zu nützen. In der Diskussion sprachen auch Ministerpräsident v. Knilling und der frühere Ministerpräsident Graf Verchenfeld. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die v. Kahr und Dr. v. Knilling Dank und volle Anerkennung ausspricht.

Eine bayerische Regierungserklärung.

An dem Beschluß der Ministerpräsidenten.

München, 20. Okt. In einer bayerischen Kundgebung heißt es: „Die von der Reichsregierung gegebene Darstellung erweckt den Eindruck, als ob der Gefandte Dr. v. Preger nicht mit genügender Entschiedenheit den bayerischen Standpunkt vertreten habe, von Preger, der bei der Entschließung nicht anwesend war, hat deutlich zum Ausdruck ge-

bracht, daß Bayern von der Reichsregierung in den Konflikt hineingetrieben war, und daß der Weg zur Beilegung des Konfliktes nur ein solcher sein könne, daß ihn Bayern ohne Preisgabe von Rechten in allen Ehren gehen könne. Das bayerische Volk, das hinter der Staatsregierung von Kahr steht, werde keine Lösung zulassen, bei der ein Nachgeben einseitig auf bayerischer Seite sei. Grundsätzlich wird festgelegt, daß dieser Konflikt ebenso wie der frühere auf dem Boden des Artikels 48 der Reichsverfassung erwachsen sei. Die dadurch entstehenden Maßnahmen können nicht von einer außerhalb des Landes stehenden Stelle aufgehoben werden. Artikel 48 sei aus einer Überbahrung des unitarischen Gedankens geboren, wie die ganze Weimarer Verfassung überhaupt. Daher müßte sie im föderalistischen Sinne revidiert werden. In der Entschließung der Ministerpräsidenten habe v. Preger keine Zustimmung gegeben, sondern Verwahrungen in wenigstens einem Punkte als wünschenswert bezeichnet, wenn man nicht das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichen wolle. Dem sei dann auch durch eine andere Formulierung des betreffenden Satzes entsprochen worden.“

Die Presse zu den Ultimaten.

Berlin, 20. Okt. Das entschiedene Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachfen wird in der Berliner Sonntagspresse eingehend gewürdigt. Die bürgerliche Presse billigt einmütig das Ultimatum an Sachfen, wenn auch in redigierten Mätern zum Ausdruck kommt, daß die Entschlüsse der Reichsregierung zu spät kämen. Der „Vorwärts“ betont, daß die Reichsregierung im Kampfe stehe gegen die verfassungswidrige Kahr-Diktatur in Bayern und gegen den komm. Regierungseinfluß in Sachfen. Heute lägen die Dinge so, daß binnen kürzester Zeit entweder die Kahr-Diktatur in Bayern oder die gegenwärtige Reichsregierung zusammenbrechen müßte. Die Stellung der Sozialdemokratie sei von vornherein gegeben und zwar für die Reichsregierung, gegen Kahr. Das Blatt fährt dann fort: Gerade weil wir der Reichsregierung im unvermeidlichen Kampfe gegen die bayerische Konterrevolution alles Glück wünschen, müssen wir ihr Verhalten Sachfen gegenüber als geradezu verhängnisvoll finden. Wollte die Reichsregierung gegen Bayern bestehen, so müßte sie alle verfassungsmäßigen Kräfte der Bevölkerung um sich scharen; sie müßte vor allem der sozialdemokratischen Arbeiterkraft gegenüber ein Verhalten heitern, das auf unbedingtes gegenseitiges Vertrauen beruht. Das aber ist durch die Art des Vorgehens gegen Sachfen völlig verfehlt worden. Immerhin erkennt das sozialdemokratische Blatt an anderer Stelle an, daß die Koalition in Sachfen mit den Kommunisten ein gewisses Experiment ist. Die Kommunisten versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter als Kampfmittel für ihre wahnsinnigen Kampfspläne zu gewinnen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung das Recht hatte, einzuschreiten. In Sachfen sei ein unterschritteltes Flugblatt verbreitet worden, das zum bewaffneten Kampf aufriefe. Es wäre aber verärgert worden, es dem bayerischen Ministerpräsidenten vorzulegen und die kommunistischen Regierungsmitglieder deswegen zu Mord zu stellen. Wäre dies geschehen und hätte sich die Echtheit des Flugblattes ergeben, dann müßte die sozialdemokratische Koalition in Sachfen erledigt sein. Das Blatt sieht keinen anderen Ausweg für die Reichsregierung, als eine Verständigung mit den Sozialdemokraten Sachfens ohne Drohungen und Gewaltanwendung.

In unterrichteten Kreisen wird allgemein die Auffassung vertreten, daß als Wahrsage für den Fall, daß das Ultimatum an Sachfen abgelehnt wird, die Reichsregierung die Einföhrung eines Reichskommissars für Sachfen vorsehen hat.

Wieder vor einer Kabinettskrise?

Probleme bei den Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Oktober. Am Montag wird der sozialdemokratische Parteivorstand zu dem Ultimatum der Reichsregierung an die bayerische Regierung Stellung nehmen. Die Reaktion hat sich bisher mit der Angelegenheit noch nicht befaßt, können, da am Sonntag die maßgebenden Führer sich nicht in Berlin befanden. Bei dem Proteststurm, den das Ultimatum in den sozialdemokratischen Landesorganisationen und bei den Gewerkschaften hervorgerufen hat, halten selbst weit rechts stehende sozialdemokratische Parlamentarier eine weitere Mitarbeit der Sozialdemokraten im Kabinett Stresemann für unmöglich. Es ist nicht zu verstehen, daß wir wieder einmal vor einer Krise stehen, und zwar vor einer Krise, die mit parlamentarischen Mitteln kaum zu lösen sein dürfte, da das Ausweichen der Sozialdemokraten aus der Koalition mit dem Ende des Ermächtigungsgesetzes gleichbedeutend wäre.

Die freien gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden, wie wir erfahren, am Montag in einer eigens dazu anberaumten Sitzung zu dem bayerischen Konflikt Stellung nehmen.

Dresden, 20. Okt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion tritt am Montag zu einer Sitzung zusammen, der die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und Mitglieder des Berliner Parteivorstandes beizuhören. Von dem Ergebnis der Verhandlungen wird die Entscheidung des Ministerpräsidenten Feiler abhängen. Für den Parteivorstand sind Hirschfeld und Dittmann anwesend.

Berlin, 20. Okt. Die „Montagspost“ berichtet: Die Meldung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister im Kabinett gegen das Ultimatum an Sachfen gestimmt hätten, ist unrichtig. Sie haben zwar zunächst einige Bedenken geäußert, aber schließlich ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben.

Die Zechen arbeiten weiter!

M. Köln, 20. Okt. Nach hierher gelangten Informationen sind die letzten Verhandlungen der Zinnengruppe mit den Franzosen zum Abschluß gekommen. Die deutschen Industriellen haben auch die Zahlung der Kohlensteuer übernommen. Es ist ihnen dabei zugesagt worden, daß die Kohlensteuer nur dann bezahlt zu werden braucht, wenn sich herausstellt, daß die Industrie wirklich hierbei bestehen kann. Danach soll die für Montag angekündigte Stilllegung der Zechen nicht eintreten. Der Woll-Konzern und eine Reihe anderer kleinerer Zechen haben die Kohlensteuer für die Zeit seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet bereits bezahlt.

Französisches Entgegenkommen in der Kohlenfrage.

M. Paris, 27. Okt. Den Pariser Blättern wird aus Düsseldorf gemeldet: Seitdem habe eine sehr schwindende Beratung zwischen dem französischen und belgischen Leiter der Kontrollkommission und den deutschen Großindustriellen stattgefunden. Die Besprechungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden. Die Großindustriellen sollen bereit sein, die Kohlenlieferungen sofort wieder aufzunehmen und dem Reiche für die Rückzahlung des Gegenwertes Kredit zu gewähren, falls die Besatzungsbehörden ihnen einen Teil der Kohlensteuer erlassen. Frankreich und Belgien scheinen diese Bedingungen anzunehmen.

Noch kein endgültiges Abkommen.

Verfrühte Meldungen.

Berlin, 20. Okt. Wie wir erfahren, ist es verfrüht, von einem gütlichen Abschluß der Düsseldorfer Verhandlungen zu sprechen. Auch am Sonntag ist verhandelt worden, und es ist anzunehmen,

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detectiv-Roman von J. Eduard Pfeiffer.

73

(Nachdruck verboten.)

Die Jäden saßen sich zusammen, Breitshwert begann zu triumphieren. Selbstverständlich bemerkte er noch kein Anzeichen, daß man seine Abreise von Frankfurt a. M. beobachtet hatte, noch nicht das leiseste Wort, daß die Anarchisten in Berlin ihm auf der Spur seien. Sehr natürlich, sie hatten ein neues und viel gewaltigeres Interesse, nämlich einen der Wägen, ein Mitglied ihres Klaub, vor den Augen der Polizei zu verbergen und ein zweites zu befreien.

Eine Stunde später sah Breitshwert im Zimmer des Gefs der politischen Polizei am Alexanderplatz und wachte, daß lange mit ihm über die Maßregeln, die nun zu ergreifen waren.

Der Beamte war ein starrer, überlegener Mann, meinte, dieser Solowiew könne nicht gut ein Anarchist sein, denn sonst hätte er wohl seinen Namen geändert.

„Er ist schon seit zwei Jahren in Berlin immatrikuliert“, antwortete Breitshwert.

„Dann wäre es für ihn, als Anarchist geboten, Berlin zu verlassen, er müßte ja doch annehmen, daß die Polizei auf ihn aufmerksam würde.“

Breitshwert lächelte boshaft und sagte: „Vielleicht hat er seine so gute Meinung von der Polizei.“

Der Inspektor blieb erst und ging nicht auf Breitshwerts Scherz ein, sondern fuhr ruhig fort: „Wenn er aber ein Anarchist ist oder ein Nihilist, so hat er gewiß nichts auf dem Werkholz und fühlt sich sicher.“

„Die Verbindung mit Winkelmann aber ist doch erwiesen.“

„Ganz recht, Herr Doktor, er ist ein Verwandter Winkelmanns und braucht deshalb noch nicht seine Ideen zu teilen.“

„Das ist doch höchst unwahrscheinlich.“

„Unwahrscheinlich ja, aber nicht unmöglich... Für uns bleibt nur das eine jetzt übrig, diesen russischen Studenten aufs genaueste zu beobachten und alle diejenigen, die mit ihm verkehren, unter Aufsicht zu stellen, ihre Namen, ihre Wohnungen zu ermitteln und wieder um die Freunde seiner Freunde anzufragen.“

„Dadurch bekommen wir Licht über eine bestimmte

Gruppe von Menschen, unter denen wahrscheinlich eine Anzahl der Mordverbrecher sein wird. Das Vokal, in dem sie tagen, das finden wir dann leicht und aufgeben können wir sie auch.“

„Es wäre mir lieb, Herr Inspektor, wenn Sie die Güte hätten, zunächst nichts in der Sache zu tun, sondern mir alles zu überlassen. Die Berliner Kriminalpolizei kennt ein gewiegter Verbrecher auf hundert Schritt. Ich werde mich in aller Ruhe auf die Suche machen und ich bitte Sie, weiter nichts zu tun, als mich unter Observation zu stellen, damit, falls ich irgendwo verschwinde, Sie mir Hilfe senden können.“

„Abgemacht, Herr Doktor. Sie sind ein so ausgezeichnete Polizist, daß wir Ihnen ruhig die ganze Angelegenheit überlassen können. Gefällt Ihnen der Mann, den ich Ihnen am ersten Tage attachierte?“

„Ja wohl, er gefällt mir sehr gut.“

„Er ist auch unter fähigster und tüchtigster Beamter, er mag also auf Ihrer Spur bleiben.“

Damit verabschiedete sich Breitshwert und ging nach der Universität zurück, weil er aus dem Anmeldebuch Solowiew's festgelegt hatte, daß er von sieben bis acht ein philosophisches Kolleg höre.

Winklich schritt er in den Hörsaal, prallte aber doch zurück, als er neben Solowiew die schönen Augen Winkelmanns blitzen sah. Er selbst lenkte den Blick sofort zur Erde und machte einen weiten Bogen um den Platz des Gefandten.

Gedächtnis hörte der freiwillige Polizist, was der Gelehrte vom Katheder seinen Schülern mitzuteilen hatte und es kamen ihm die schönen Zeiten in der Erinnerung, wo er selbst noch die Bänke der Hörsäle gedreht hatte, um sich in die Geheimnisse der Jurisprudenz einzuweisen zu lassen. Wie hatte sich doch alles geändert seitdem. Zwar war er nie von seinem Studium abgegangen und immer ein Jünger des Rechts geblieben, aber doch ganz anders, als die Meinung des jugendlichen Studenten gewesen war. Nicht zu richten war seines Amtes heute, sondern das Verbrechen aufzuspüren, die geheimen Schlupfwinkel menschlicher Schlichtheit zu entdecken.

Die Stunde war vorüber, alles erhob sich und drängte nach dem Ausgang und es folgte Breitshwert einige Mäße seine beiden Freunde, wie er sie ironisch im stillen nannte, im Auge zu behalten. Diesmal gingen sie gleich nach Hause und

es wäre nun ein Leichtes gewesen, Winkelmann zu verhaften. Das aber tat Breitshwert nicht, sondern er vollendete seinen Kriminalauftragmann in einem gegenüberliegenden Vorderladen und ließ das Haus scharf bewachen, indes er sich von neuem nach der Polizei begab, um seine Entdeckung bekannt zu geben.

In der Fiegegaße, ganz nahe an den Hauptverkehrsadern Berlins, ist ein schmales Haus, dessen Grundmauern aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammen, dessen Stockwerke aber je nach den Bedürfnissen eines nach dem anderen angelegt sind. In dem Hause wohnen hauptsächlich Studenten, so daß man ihm „Herzhaft“ den Namen die lateinische Akademie gegeben hat. Seit einigen Tagen wird dieses Haus ganz vornehm von der Polizei beobachtet und Breitshwert ist als verpöhlter Student gleichfalls in ein Chambre garni der dritten Etage eingezogen.

In dieser Studentenlaserne ist es durchaus nicht auffällig, daß sich zehn bis zwölf Mänschen entweder zu gemeinsamen Trinkgelagen oder zu gemeinsamer Arbeit in der Ecke eines Kommissionsverfammlen. Nur Breitshwert ist es ausgeschlossen, weil gerade Winkelmann und Solowiew einen Freund in diesem Studentenquartier besuchen. Er hat es deshalb für nötig gehalten, diesem Freund ziemlich nahe zu sein und Abend für Abend, Nacht für Nacht liegt er auf der Lauer, ob etwas Verdächtiges in dem Stockwerk unter ihm vorgeht. Er kennt die Bauart des Hauses ganz genau und weiß, daß nur ein Eingang existiert. Er weiß, daß, wenn seine Kombination richtig ist, die ganze Bande mit einem Schlag ausfallen kann, aber er weiß auch, daß die allerhöchste Vorsicht geboten ist, um die gefährlichen Dunkelkammer nicht zu warnen.

Er beobachtet immerzu und der Chef der politischen Polizei wird schon ungeduldig; denn Breitshwert ist bereits eine Woche in Berlin und es ist nichts geschehen. Was so lange dauert, sagt sich der Inspektor, geht meistens schief, denn allzu lange Beobachtungen müssen dem Beobachteten auffallen.

Er sollte nur zu recht haben, denn am einem Sonntag Abend klopfte es plötzlich an Breitshwerts Tür und herein trat Guch von Winkelmann.

(Schluß folgt.)

daß erst am Montag endgültiges Abkommen. Die Verhandlungen der französischen und belgischen Agitatoren, die in händiger Gen stehen und die weit sich bis jetzt für eine Lösung es sich dabei nicht, die für ein schaffen würde. nischen und bel. Zugehörigkeiten lensteuer, berei.

Dortmund, 20. angeht wegen gels an Zahlung.

Dortmund, 20. den ist, beabsichtigt Montag Demonstung zu veranst. Arbeit unter ha es hier schon di. Zuchtanlage d. Vertriebsrat geta.

Die Franzosen Erleichter.

Paris, 20. find die Anspri sichtlich der Kohle.

Zugeständnis w. Kohlensteuervera. Förderziffer infu der Befragungs.

übertrieben hoch. jekt den Tatsach. Den Industriell.

zahlung der rück. um nicht die au. zu verwirren u.

Zeit zur Erlan. sie anscheinend. bei vorgegeben, i.

Lagerbestände i. den Betrieb d. die für die W.

forderlichen Ver.

Eine R.

M. Paris, 27. meldet, daß die

provisorischen M. zelnen Ressort.

Ministerpräsident. und Industrie.

Dr. Liebling. kommissar der

minister, Dr. ber Justizmini.

minister, Dem. ris“ entwickelt

die Schaffung. Neumark.

Schwere B.

Belagen.

Düsseldorf, hunden dauer

derungen fand

teralle und i. st. Die P.

den an. Ein

Reiterfieber.

daß etwas mit

fie in die Ge

und verlangte

was in den a

Schadensersatz

fordern. Die

zufried. Wie

wurden ange

gen Antrags

überall die

bensmittelge

willig an G

Briefen abzu

nutzen zum

schließen. M

Verstellungen

eine Polzei

Lebendgewicht 10-
Marktverlauf: Gut.

Wie entstand der Weltkrieg?

Kennzeichnungen

General Graf Max Montgelas, bekannt als Mithrasausgeber des „Deutschen Dokumentes zum Kriegsausbruch“ und unermüdlicher Vorkämpfer gegen die Schuldfrage, hat seinen einen „Verfasser“ zur Kriegsschuldfrage“ erscheinen lassen, der alle gesicherten Ergebnisse aus der gesamten Literatur über dieses Thema kritisch sichtet und zu einem Gesamtbild verarbeitet. Die Quintessenz dieser Verarbeitung jagt Graf Montgelas zu folgenden Thesen zusammen:

1. Deutschland verfolgte weder in Europa noch anderswo ein nur durch Krieg zu erreichendes politisches Ziel. Österreich-Ungarn dachte nur an Erhaltung des Bestehenden. Die anfängliche Absicht von Grenzberichtigungen auf Kosten Serbiens wurde nur durch deutsches Drängen sofort aufgegeben durch bestimmte Erklärungen über territoriale Desinteressen, von denen auch Zasonow sich überzeugen ließ. Frankreich strebte die Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen, manche führende französische Politiker auch die Annexion des Saargebietes, Rußland den Besitz von Konstantinopel und den Meerengen an, beide Mächte wohl wissend, daß sie diese Bestrebungen nur im Rahmen eines europäischen Krieges verwirklichen könnten.

2. Die Mithrasungen Deutschlands zu Lande waren nach der politischen Konstellation, nach geographischer Lage, nach Länge der ungeschützten Grenzen und nach Bevölkerungsstärke wesentlich geringer als die Frankreichs, ab 1913 sogar hinsichtlich der absoluten Zahl der Friedenstruppen der weissen Truppen, ganz abgesehen von einer handvoll wachsenden farbigen französischen Armee. Die Mithrasungen Österreich-Ungarns waren gegenüber denen Deutschlands völlig unzulänglich. Wie an Zahl der Streiter, so war der russisch-französische Zweibund auch an Menge des Kriegsmaterials den Mittelmächten weit überlegen.

3. Der Plan einer deutschen Schlachtfeldlinie an Stelle der Vervollständigung des defensiven maritimen Schutzes war politisch unklar, aber das schließlich von Deutschland angestrebte Verhältnis von 10 zu 6 Großkampfschiffen wurde auch in London nicht als eine Bedrohung angesehen.

4. Das Deutsche Reich hat auch in der Zeit nach Bismarck wiederholt günstige Gelegenheiten zu einem Präventivkrieg nicht benützt.

5. Die russische Anregung zur ersten Saager Konferenz beruhte nicht auf einer Friedensliebe. Der Mithrasgünstigung standen alle Großmächte ohne Ausnahme mit der größten Skepsis gegenüber, der russische Antrag von 1899 wurde allerseits abgelehnt, der Anregung Campbell-Bannermans von 1907 trat die öffentliche Meinung Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise entgegen. Ein Vorschlag zur Regelung einer internationalen Konflikt, die die Ehre und die Lebensinteressen einer Nation berühren, in weder auf der einen noch auf der zweiten Saager Konferenz von irgendeiner Großmacht angeregt oder unterstützt worden.

6. Am 5. Juli 1914 wurde in Brüssel nicht der Weltkrieg beschlossen, sondern die deutsche Zustimmung zu einem Krieg zwischen Serbien und Österreich-Ungarn. Die Möglichkeit, daß der österreichisch-serbische Krieg wie jeder andere — Burenkrieg, Marokkorkrieg, Tripoliskrieg, Balkankrieg — weitere Verwicklungen nach sich ziehen könnte, wurde dabei wohl erwogen, aber die Gefahr in Anbetracht des besonderen Anlasses als sehr gering eingeschätzt.

7. Nach dem Bekanntwerden der serbischen Antwort wollte Deutschland auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, sondern nur eine sehr eng umgrenzte militärische Aktion, deren Verwirklichung auch in London anerkannt wurde.

8. Deutschland hat zwar die Fristverlängerung nicht unterläßt und den Konferenzgedanken abgelehnt, aber nicht nur alle übrigen von London mitgeteilten Vermittlungsvorschläge angenommen, sondern aus eigener Initiative die beiden geeigneten Verhandlungsmethoden vorgeschlagen, nämlich die direkten Verhandlungen Wien-Petersburg und das von Wien ausgehende „Halt in Belgrad“. Die erste Antwort Zasonows erachtete auch London für unannehmbar, die zweite war sogar eine wesentliche Verkleinerung der ersten.

9. Auf den beiden zuerst von Deutschland angeregten Wegen der direkten Verhandlungen Wien-Petersburg und der Beschränkung der militärischen Aktion gegen Serbien war man einer Verständigung nahe gekommen, als die russische allgemeine Mobilmachung jäh den Raden zerriß.

10. Daß diese Mobilmachung unfehlbar den Krieg nach sich ziehen müßte, darüber waren sich die führenden Männer in Paris und Petersburg ebenso klar wie in Berlin. Daß derjenige der Angreifer ist, der zuerst zu einer allgemeinen Mobilmachung schreitet, hat Riviani noch am 1. August nach London gedrahlet, wobei er wider besseres Wissen die Priorität der Mobilmachung Deutschlands leugnete.

11. Frankreich hat in Petersburg während der Krise nicht zur Mäßigung geraten. Nachdem der erste Versuch den Russen Zasonows erregt hatte, verzichtete das Pariser Kabinett auf weitere Schritte in dieser Richtung.

12. Frankreich hat Rußland von der allgemeinen Mobilmachung nicht nur nicht abgeraten, sondern ihm Ratschläge erteilt, wie es seine Vorbereitungen, insoweit fortsetzen könne, ohne Deutschland zu rechtzeitigen Gegenmaßnahmen herauszuwerfen.

13. Rußland war die erste Macht, die zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten ist. Frankreich war die erste Macht, die den Entschluß zum europäischen Krieg einer anderen Macht amtlich mitgeteilt hat.

14. England hat in Petersburg niemals mit der gleichen Entschlossenheit wie Deutschland in Wien zum Eintreten getreten. Grey hat im Gegensatz zu anderen englischen Diplomaten die Bedeutung der russischen Mobilmachung erst erkannt, als es zu spät war und Petersburg nicht mehr damit einhalten wollte.

15. Die frühzeitige deutsche Kriegserklärung an Rußland war ein durch die ungeheure Gefahr der Zweifrontenlage erklärlicher politischer Fehler, die an Frankreich ein rein formaler Akt. Weder die eine noch die andere war das entscheidende Ereignis. Nicht auf die Erklärung des Krieges kam es an, sondern auf die Handlung, die ihn unvermeidlich machte, und diese Handlung war die allgemeine Mobilmachung.

16. England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es eine zweite Niederlage Frankreichs mit seinen Interessen nicht für vereinbar erachtete. Die Interessen Belgiens und der Vertrag von 1839, den Salisbury 1887 preisgegeben bereit war, bildeten dafür den populären Grund. Das Mithrasabkommen mit Frankreich von 1912 zwang England ebenfalls, aus seiner Neutralität herauszutreten, bevor die Belgiers verlegt war.

Aus aller Welt.

Ein Einbrecher auf einem Gute. Ein schweres Feuergefecht lieferten sich auf dem Gute Zehn bei Gaben Einbrecher und Landjäger, wobei ein Landjäger und einer der Verbrecher erschossen und ein zweiter Landjäger schwer verletzt wurde. Neben den Vorfällen werden folgende Einzelheiten bekannt: Eine Einbrecherbande drang in die Gutsräume von Zehn ein und stahl für über 200 Millionen Silberfachen. Da der Einbruch jedoch rechtzeitig entdeckt wurde, konnten alle fünf Einbrecher von Landjägern auf dem Bahnhof Zehn gefangen genommen werden. Sie wurden in das Stationsgebäude geführt und dort vernommen. Einer der Verbrecher zog plötzlich den Revolver und gab auf die beiden Landjäger schnell hintereinander zwei Schüsse ab. Der eine von diesen brach sofort mit einem Kopfschuss tot zusammen, der andere hatte noch die Kraft, hinter den Liegenden herzukriechen. Einer von den Verbrechern wurde auch getroffen und brach tot zusammen, ein anderer konnte von einem Eisenbahnbeamten festgehalten werden, während die drei anderen Verbrecher in einem Strafswagen entkommen sind.

Weiteres.

Das vergessene Stelldichein. „Eine halbe Stunde hat id nu umsonst ut ihn jeverreit! Wenn er jert nicht dach kommt, — dann jchreib id ihm, dat id jar nich da war!“

Bei Neureichs. „Spielen Ihre Töchter auch vierhändig?“ „Ne, das haben wir nicht nötig! Jede hat ihr eigenes Klavier!“

Wie! „Wie freue ich mich, Sie kennen zu lernen, gnädige Frau! Ihr Herr Gemahl hat mir schon mandomal von seiner geliebten Agathe gesprochen.“ — Sie (erstaunt): „Aber ich heiße doch Luise!“

Die treue Mila. „Mithras du mir auch treu, Mila?“ — „Da kunnste ganz sicher sein: sobald du wieder zurückkommst, kriegt jeder andere den Laufpaß!“

Eine Verwechslung. Beim Handhau: „Was Sie für fröhliche Handmüsten haben, mein Neumein!“ — „Ja, — schau's, das kommt vom Spinn'n.“ — „Ah, Sie spielen Klavier?“ — „Na, aber's Geschick dahoam in der Wirtschaft!“

Anzeigenpreise ab 27. Oktober:

Die Grundpreise betragen:
Für die achtgehaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Votale	40.— M.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Ausfuhrungsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 27. Oktober 18 000 000) zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

Bei Eintritt der kälteren Witterung wird darauf hingewiesen, daß sowohl Gas- als auch Wasserwerke gegen Frosteinwirkung zu schützen sind. 3247

Schwerte, d. 29. Okt. 1923
Verwaltung des städt. Gas- und Wasserwerks

Zeitungsboten

für Holzen u. Garenfeld gesucht.
Schwerter Zeitung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen sprechen wir allen unseren innigsten Dank aus 3250

Schwerte (Ruhr), den 29. 10. 1923.

Familie Friedrich Baika.

Ämtlicher Brotpreis.

Graubrot u. Schwarzbrot: 6 Bld. 8	Milliarden M.
3 „ 4	„ „
3 „ 8,5	„ „
3 „ 4,5	„ „

Für alle Sorten: 500 Gr. (1 Bld.) 1,5 „ „ „
Diese Höchstpreise treten am 29. Oktober 1923 in Kraft.

Schwerte, den 29. Oktober 1923. 3248

Der Kreisaußschuß des Landkreises Schwerte.

Prima engl. Kohlen

Kuß II auf Lager, ohne Bezugschein abzugeben
Kohlenhandlung Kunkler.

Hege und Jagd

Ist die führende Jagd- und Jägerschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler jagd- und Hundeführer-Vereinigungen des In- und Auslandes. — Probenummern sind gegen Selbstkostensatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Füllfederhalter

von einfachster bis zur feinsten Ausführung sind zu haben in der

Buchhandlung Carl Braus.

„Zur Reichskrone“

Sente bis Donnerstag!

Louis Ralph (Lepain)

in seinem neuesten Schlager

Die Spur ins Dunkle

Detectivdrama in 6 spannenden Akten.

Zwei gegen Einen!

Abenteurerdrama in 6 Akten.

Mittagstisch

(evtl. auch Abends) in gutem Hause von jungem Manne sofort gesucht. Angenehme Mittagszeit. Gest. Angebote unter A. B. 1900 an die Schwerter Zeitung.



Dixie Seifenpulver

Das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Schönste Gabe für Angehörige unserer gefallenen Krieger:

Heldenbuch und Kriegschronik der evangelischen Gemeinde Schwerte

Herausgegeben von Pastor Ohlig.

Der Titel des Buches sagt, was es sein will: ein Heldenbuch, ein schlichtes, einfaches Denkmal, das die dankbare Gemeinde ihren treuen, tapferen Söhnen setzt. Es steht nicht auf rapender Höhe oder am Markte, dafür aber kann es jeder daheim haben und in stiller Stunde zu sich sprechen lassen. Mehr als Namen sind in dies

Das Heldenbuch enthält die Bilder aller Gefallenen der evangelischen Gemeinde Schwerte, die zu erhalten waren, ferner einen kurzen Lebenslauf auch derjenigen, deren Bild nicht eingefandt wurde.

Damit ist jeder trauernden Familie und Angehörigen unserer gefallenen Söhne sowie auch Vereinen und Schulen Gelegenheit gegeben, unseren schlafenden Helden ein dauerndes Ehrenmal in ihrer Mitte zu setzen. Kinder und Kindeskinde wollen's lesen und werden gerne darnach greifen

Grundpreis M. 5,— mit der Schlüsselzahl (zur Zeit 18 000 000 000) multiplizieren.

Verlagsbuchhandlung Carl Braus, Schwerte (Ruhr), Große Marktstraße 3-5